

Die GWP eine Filiale von Weis

KPD-Antwort auf betrügerische Einheitsfront-Manöver der Rosenfeld-Sendewitz zur KPD hängen würden.

In den letzten Wochen versucht die GWP in verstärktem Ausmaß durch betrügerische Manöver die Arbeiterklasse zu verwirren und sie von der klaren Entscheidung für den proletarischen Klassenkampf abzuhalten. Diese Betrugsmanöver finden ihren Ausdruck in zahlreichen Angeboten die von der GWP orts- und bezirkweise an die KPD zur Bildung einer sogenannten Einheitsfront gemacht werden. Die Führer der GWP, Sendewitz und Rosenfeld, haben noch im Dezember den sozialfaschistischen Führern der SPD ein Waffenstillstandsangebot gemacht. Auch jetzt wieder, nach der Entscheidung der SPD für Hindenburg, haben sie ihre Bereitschaft für ein Zusammengehen mit dem Sozialfaschismus erklärt. Diese Taktiken zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Rosenfeld-Sendewitz mit ihrer GWP nur eine Filiale der, mit der faschistischen Bourgeoisie auf das engste verbundenen SPD sind. Deswegen kann es für keinen Kommunisten und revolutionären Arbeiter eine Gemeinschaft mit der GWP geben. Unsere Aufgabe muß es sein, die GWP als linken Flügel des Sozialfaschismus rücksichtslos zu entlarven und die ihr heute noch folgenden Arbeiter für die rote Einheitsfront, für den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Klassenforderungen und Ziele zu gewinnen.

Wir veröffentlichen deshalb nachstehend die Antwort die die KPD Chemnitz der KPD auf ein sogenanntes Einheitsfrontangebot der GWP gegeben hat. Wir fordern alle Genossen auf, im Sinne dieser Antwort zu handeln.

Der Brief unserer Chemnitzer Organisation lautet:

An die Bezirksleitung der GWP Chemnitz-Erzgebirge.

Wir beklagen den Empfang eures Briefes vom 25. 2. 1933. Euren Vorschlag zur Herausgabe eines gemeinsamen Aufrufes der KPD und GWP-Vertreter für die Wahl unseres Genossen Thälmann und zur Bildung von gemeinsamen Wahlauflüssen in den Ortsgruppen können wir nicht ablehnen. Ebenfalls müssen wir euren Vorschlag auf Schaffung gemeinsamer Aktionsausschüsse für die Durchführung des roten Volksentscheides ablehnen.

Ihr schreibt in eurem Brief, daß ihr in der Herausgabe eines gemeinsamen Aufrufes und in der Bildung von gemeinsamen Wahlauflüssen die Verwirklichung des Einheitswillens der Arbeiter lehnt.

Unsere ablehnende Stellungnahme gegenüber eurem Vorschlag ergibt sich aus unserer grundsätzlichen Stellung zur Frage der Schaffung der roten Einheitsfront, wobei wir der Auffassung sind, daß eure von uns zitierte Auffassung unrichtig ist. Es ist richtig, daß der Vorstand der GWP aufgefordert hat zur Wahl des Kandidaten der roten Einheitsfront, Ernst Thälmann. Wir lehnen uns jedoch keineswegs, auch angesichts einer solchen Stellungnahme des Vorstandes der GWP über die wirkliche Rolle eurer Partei und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Wir sind davon überzeugt, daß in den Reihen der GWP ein großer Teil ehrlicher Arbeiter ist, die den Willen zur Schaffung einer wirklich revolutionären Einheitsfront haben. Die Sozialistische Arbeiterpartei als solche muß aber in ihrer Gesamtheit angezogen werden.

nicht als eine Partei, die den revolutionären Klassenkampf vorwärts treibt und mit der es möglich wäre, die rote Einheitsfront auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes zu schaffen.

Die historische Aufgabe der GWP besteht nach unserer Auffassung darin, daß sie ehrliche sozialdemokratische Arbeiter, die endlich den Arbeiter- und Klassenrat der SPD erkennen haben und die den verräterischen Führern der SPD den Rücken kehren, abhängt und von ihrem Weg zur revolutionären Front unter Führung der KPD abhört.

Die GWP ist daher objektiv nichts anderes als eine Filiale der Sozialdemokratischen Partei, die sich in ihrer Agitation einiger radikaler Phrasen bedient zu dem Zweck, enttäuschte und auf dem Wege zur revolutionären Front sich befindende sozialdemokratische Arbeiter abzuholen.

Die Führer eurer Partei, Sendewitz und Rosenfeld, sind nach unserer Auffassung nicht nur objektiv solche Helfer der SPD, sondern auch subjektiv. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß sowohl Sendewitz als auch Rosenfeld die Gründung der GWP begründet haben mit dem Argument, daß, falls die GWP

nicht gegründet würde, die rebellierenden Arbeiter zur KPD hängen würden.

Daß der Vorstand der GWP die entscheidenden Schritte zu einer wirklich revolutionären Einheitsfront in Unterbrechung, geht aus hervor, daß der Vorstand der GWP gemeinsam mit einigen KPD-Gruppen wochenlang versucht hat, einen gemeinsamen sozialistischen Einheitsfrontkandidaten zu nominieren, aber es dem Vorstand der GWP möglich gemacht hat, mit dem Vorstand der SPD einen Einheitsfrontkandidaten zu benennen. Erst nachdem der Vorstand der GWP und die verschiedenen Ortsgruppen geheißen haben, daß angesichts der Tatsache, daß die SPD von vornherein gewillt war, für Hindenburg zu wählen,

ein solcher von der GWP aufgestellter Kandidat einer vernünftigen Niederlage und zu einer Klammern gemordet wäre,

hat sich der Vorstand der GWP unter dem Druck der Forderungen der proletarischen Mitglieder untergeben und für die Wahl des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann entschieden.

Wir begrüßen jeden Arbeiter, ganz einzeln, welcher Organisation er angehört, der sich für den roten Arbeiterkandidaten entscheidet und seine Stimme für ihn abgibt und der damit ein Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf, ein Bekenntnis zur schärfsten revolutionären Einheitsfront ablegt. Die Annahme aber eines solchen Vorschlags, wie ihr ihn uns macht, würde bedeuten, daß wir bei den Arbeitern neue Millionen schaffen würden über den Charakter und die Rolle eurer Partei und daß wir durch der Suche der kämpfenden roten Einheitsfront näher kämen, sondern ihr schaden würden. Daß die Rolle und der Politik der GWP im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge eine andere als die der KPD als Gesamtpartei wäre, darf natürlich nicht angenommen werden, umso mehr, als ja selbst in der engeren Führung eures Bezirkes starke Strömungen vorhanden sind, die auf eine Wiederannäherung an die KPD hinarbeiten. Wir erinnern nur an die Gruppe Stöckel.

Euren Vorschlag müssen wir auch deshalb ablehnen, weil wir in der Frage der Bildung der roten Einheitsfront eine andere Meinung sind als ihr. Ihr lehnt, daß nach eurer Meinung die Bildung gemeinsamer Wahlauflüsse und Herausgabe eines gemeinsamen Aufrufes bereits die praktische Verwirklichung des Einheitswillens wäre. Wir sind hier vollkommen anderer Meinung. Die revolutionäre Einheitsfront der Proletariats wird nicht geschaffen, indem in Bezirksausschüssen oder dergleichen die Vertretungen der GWP und KPD sich zusammenschließen und eine gemeinsame Wahlauflüsse bilden. Das heißt bloß ein einfaches parlamentarisches und bürokratisches Wahlbündnis sein, an dem wir nicht das geringste Interesse haben.

Die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter wird erst unter Kuffassung nur geschaffen in der Organisation der gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen die kapitalistische Diktatur und ihre Maßnahmen gegen das Proletariat und gegen den Faschismus und Naziterror.

Die Frage der Bildung der proletarischen Einheitsfront ist das Gebiet bürokratischer Spitzensicherungen von oben und Teufelsmehlet der Vertretungen zu schließen, ist der proletarischen Einheitsfront nicht möglich, sondern schädlich und mit jeder derzeitigen Manöver, die der Arbeiterklasse nur Schaden bringen können, ab.

Die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter kann nur geschaffen werden im gemeinsamen Kampf der Arbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen, bei der gemeinsamen Arbeit an Tagelöhnerarbeiten usw., wobei sich die Arbeiter in diesen Aktionen ihre eigenen revolutionären Einheitsfrontorgane schaffen werden.

Diesen Kampf gegen Lohnraub, gegen die Diktatur der Gewerkschaften und Massenorganisationen. Aber gerade in diesen Gewerkschaften und Massenorganisationen zeigt es sich, daß dieser eurer Partei nicht im Sinne der Mobilisierung der Arbeiter zum einheitsfronten geschlossenen Kampf ausgeht, sondern wie es das Beispiel eurer Genossen Ziegler in Breslau zeigt, daß die Arbeiter weiterhin dem Klassenrat der Arbeiter einen Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie unterworfen bleiben.

Ihr beruft Euch in eurem Schreiben auf eure Einflüsse in den Gewerkschaften und Massenorganisationen. Aber gerade in diesen Gewerkschaften und Massenorganisationen zeigt es sich, daß dieser eurer Partei nicht im Sinne der Mobilisierung der Arbeiter zum einheitsfronten geschlossenen Kampf ausgeht, sondern wie es das Beispiel eurer Genossen Ziegler in Breslau zeigt, daß die Arbeiter weiterhin dem Klassenrat der Arbeiter einen Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie unterworfen bleiben.

Wir sind also aus den von uns hier angeführten politischen Gründen nicht in der Lage, euren Vorschlag zu akzeptieren.

Wir appellieren jedoch an die Arbeiter in den Reihen eurer Partei, sich einzulagern in die sich in immer steigendem Maße bildende rote Einheitsfront unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, und unter der Leitung unserer Reichsausschusskampagne nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die proletarischen Arbeitergruppen, die sich einzulagern in unsere roten Wahlvereine, die dort keine ganze Kraft mit einzusetzen für die Mobilisierung der Arbeiter für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und für die Durchführung des außerparlamentarischen Kampfes gegen Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung.

Orzefinstis Polizeipragis

Berlin, 8. März. (Eig. Drahtber.) Der Berliner Polizeipräsident gibt bekannt, daß die öffentliche Meinung der Wahlresultate am Sonntag auf Straßen und Plätzen in Berlin nicht gestattet wird.

Demonstrationsverbot in Hamburg bleibt bestehen

Hamburg, 7. März. (Eig. Drahtber.) Das Polizeipräsidium Hamburg teilt mit, daß für das Hamburger Stadtgebiet das Verbot aller öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel nach wie vor bestehen bleibt. Damit sind alle von der kommunistischen Partei organisierten Kundgebungen in den letzten Tagen bis zur Wahlverhinderung verboten.

GA erzieht roten Wahlhelfer!

Neuer Arbeitermord in Düsseldorf!

Düsseldorf, 8. März 1933 (Eig. Drahtber.) Gestern nachmittag wurden Arbeiter, die Flugblätter zur Wahl des roten Arbeiterkandidaten auf der Straße und an den Treppen verteilten, von SA-Banden angegriffen. Die Arbeiter verteidigten diese Banden. Auf der Straße schoß die SA auf die sie verfolgenden Arbeiter, wobei ein 22jähriger Kamerad vom Kampfbund erschossen wurde. Unter der Arbeiterklasse herrscht eine ungeheure Empörung über diesen neuen Nazimord.

Wachposten Frauen die Unterstützung gänzlich gestrichen. In der Notverordnung des Hindenburg-Regimes und Braune Senatoren gehen tausende Arbeiterfamilien zugrunde.

Der Kampf der Arbeiterinnen und werksfähigen Frauen gilt dem imperialistischen Kriegswirtschaft. Nach die deutsche Bourgeoisie ist für den imperialistischen Krieg. Der Raubkrieg Japan gegen China ist für die deutschen Kapitalisten ein Geschäft. Aus dem Blute der im Krieg gefallenen Arbeiter schöpfen sie ihre neuen Profite. Die Chemie- und Gießereien arbeiten mit Hochdruck. Millionen von Sprengkörpern und Handgranaten werden von Deutschland nach dem Osten transportiert. Die Profite steigen, aber auch die Ausbeutung der Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken, die zu den durch Notverordnung diktierten Hungerlöhnen schütten müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Zweite Internationale unterstützen den Raubkrieg der Imperialisten. Auch die schamlosesten Friedensphrasen der Zucht und Genossen können diese aktive Mittelschicht am Krieg nicht abhalten. Die Sozialdemokratie steht in der Front der Kriegszünder und Kriegsbeter gegen die Sowjetunion. So wie die Sozialdemokratie 1914 die Arbeiterklasse in den Krieg gehetzt hat und Durchhaltepolitik predigte, unterstützt sie heute den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion und macht eine schamlose Kriegspaganda in den Betrieben, daß der Krieg den Arbeitern Arbeit und höhere Löhne bringen werde. Sie will damit verhindern, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg aufnehmen und den Angriff auf die Sowjetunion verhindern.

Arbeiterinnen und werksfähige Frauen! Organisiert in den Betrieben den Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Wählt in den Betrieben Arbeiterinnenbeauftragte. Verweigert Lieferungen und Transporte von Kriegsmaterial. Fordert Erhöhung eures Lohnes. Schafft Kuffassung unter den Arbeiterinnen über den Angriff der Imperialisten auf die Sowjetunion. Kämpft mit der Waffe des Streiks! Setzt eure wirtschaftlichen und politischen Forderungen. Kämpft gegen die Sozialdemokratie als die Partei der Notverordnungspolitik und Kriegsbeter. Sorgt dafür, daß eure Männer in den Betrieben keinen Handschlag tun für Kriegsmaterial gegen die Sowjetunion.

Am Tage der Präsidentenwahl geht den Kriegstreibern und ihren Kandidaten Hindenburg-Gilfert-Duesterberg die Antwort. Kämpft mit dem roten Kandidaten Ernst Thälmann gegen den imperialistischen Krieg, für den sozialistischen Frieden!

Der 8. März ist ein Kampftag der werksfähigen Frauen gegen den imperialistischen Krieg. Genau wie 1918 die sozialistischen Frauen die ersten waren, die sich gegen den imperialistischen Krieg verweigerten und die Forderung der internationalen Solidarität über die Schlichter hinweg hochhielten, müssen am Internationalen Frauentag in diesem Jahre die Arbeiterinnen und werksfähigen Frauen in den Betrieben gegen den imperialistischen Krieg wieder in der ersten Reihe stehen und unter Führung der kommunistischen Internationalen den Kampf aufnehmen für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Verteidigung des einheitlichen Volkes, für den Sozialismus.

Für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Der Attentäter als Kriegsprobokateur entlarvt

Moskau, 7. März. (Eig. Drahtber.)

Neben dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung der Hintergründe des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski, macht die GWP folgende Mitteilung:

„Der Attentäter Stern, der, wie bekannt, auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski geschossen hat, hat ein Teilgebäude abgelegt. Er erklärte, einer terroristischen Gruppe anzugehören, die im Auftrag des Auslandes sich zur Aufgabe gemacht habe, die internationale politische Lage der Sowjetunion zu verschlechtern und eine Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch ein Attentat hervorzurufen. Die weiteren Einzelheiten über das Geschehen Sterns werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.“

Das bis jetzt abgelegte Geständnis zeigt deutlich, daß der Attentäter Stern ein Werkzeug der imperialistischen Kriegsvorbereitung ist, deren Ziel ein Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ist. Ehrliche Wohlwollen und Bereitschaft zur Bezeihung der Sowjetunion ist für alle Arbeiter das Gebot der Stunde.

Neue Naziprovoaktionen in Dresden

Zusammenstöße in Löblau und Cotta / Die Polizei stellt Schutz für jede Nazigruppe! Arbeiter wehren Nazitüberfälle in roter Einheitsfront ab

Am Vorabend des gestrigen Tages kam es erneut zu Provoaktionen der Hitlerbanden. Diesmal hatten sie sich die Cottaer und Löblauer Arbeiterströme ausgesucht, um ihre Subversiven den Bewohnern aufzuzwingen. Jeder Naziführer stellte die Polizei ein Ueberfallkommando „zum Schutz“ zur Verfügung.

In Cotta wurde den Passanten, denen von den Nazis Flugblätter aufgezungen wurden, ausdrücklich von Polizeibeamten verboten, irgendwelche Bemerkungen dazu zu machen oder sich in eine Diskussion einzulassen! Die Empörung der Arbeiterbevölkerung war allgemein. In den Mittagsstunden kam es in Löblau zu starken Ansammlungen, als dort die Nazis dieselbe Taktik anzuwenden versuchten. Die ersten Arbeiter, die die angelegten Flugblätter wegwarfen, wurden in unfähiger Weise angepöbeln. Darauf kam es zu Zusammenstößen, die den ganzen Nachmittag über andauerten. Die Nazis erhielten Unterstützung und versuchten an der Bünaus- und Wallstraße einen direkten Überfall auf die in dichten Gruppen sich sammelnden Arbeiter.

Dieser Versuch bekam jedoch den Provokatoren schlecht. Kommunistische, parteilose und sozialdemokratische, erwachsene und junge Arbeiter schlossen sich sofort zusammen und schlugen gemeinsam die Angreifer in die Flucht. Als die Polizei eintraf, übernahm diese den Schutz der Nazis, denen allerdings die Lust zu weiteren Provoaktionen vergangen war. Auch in den späten Abendstunden fanden in den Löblauer Arbeiterströmen die Arbeiter distanzierend bekamen. Und in jeder Diskussionsgruppe wurde immer und immer wieder laut: Der Faschismus kann nur durch den revolutionären Klassenkampf besiegt werden. Nur wer Thälmann wählt, bekundet seine Kampfbereitschaft gegen Hitler!

Morgen, am 9. März, sprechen:
Ernst Torgler
MdR, Reichsbanner, Neustadt
Dr. Richard Schmincke
Stadtrat, Neukölln, Blumensäle
Lea Gundermann
Berlin, Gasthof Leuben

Massen heraus!

Für den roten Arbeiterkandidaten!